

1 Jahresbericht 2013 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2012

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof
Drucksache 16/3510

Abschnitt	Drucksache 16/3510	Seiten
13	Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens an den Hochschulen des Landes	98 – 105

Vorsitzender Achim Tüttenberg verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung (siehe Vorlage 16/1957) des Landesrechnungshofs vom 12. Juni 2014 sowie auf die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (siehe **Anlage 1 zu TOP 1**) und der CDU-Fraktion (siehe **Anlage 2 zu TOP 1**).

Armin Jahl (SPD) hält fest, der Landesrechnungshof habe Abschnitt 13 des Jahresberichts 2013 umfangreich geprüft und eine Vielzahl von Dingen festgestellt. Die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens an den Hochschulen des Landes sei mit einmaligen Kosten von 43,3 Millionen € verbunden. Zu den laufenden Kosten gehöre die Einstellung von 96 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – alles mit dem Ziel, aus diesem Rechnungswesen die notwendigen Schlüsse zu ziehen, um in Zukunft wirtschaftlicher arbeiten zu können. Der unterschiedliche Stand bei den Universitäten sei dargestellt worden.

Nun liege der Beschlussvorschlag von SPD und Grünen vor mit dem Hinweis, dass man gerne einen Bericht des Ministeriums hätte, wie die Einführung weitergehe und wann aus den Daten und den Jahresabschlüssen die notwendigen Beschlüsse für die wirtschaftliche Arbeit in Zukunft gezogen würden. Er hoffe, dass das bis Ende nächsten Jahres zumindest in einem Zwischenbericht möglich sei.

Petra Vogt (CDU) betont, die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens sei in vielen Bereichen ein sehr wichtiges, aber auch sehr schwieriges Thema. Von daher habe ihre Fraktion den Bericht etwas anders begleitet, als das eben angeklungen sei. Ihre Fraktion begrüße es, dass es die entsprechenden positiven Ansätze gebe. Man habe sich über die ansonsten nicht übliche Schärfe in dem Beschlussvorschlag von SPD und Grünen gewundert. Sie frage, ob es über den Bericht hinaus denn noch irgendwelche Hinweise gebe, was die SPD und die Grünen dazu verleitet habe, das in dieser Form zu thematisieren.

Armin Jahl (SPD) entgegnet, Schärfe finde anderswo statt, etwa im Plenum, wenn die CDU die Landesregierung hinsichtlich ihrer Haushaltsplanung und der finanziellen Situation angreife. Er könne für die SPD nur sagen, das sei keinerlei Schärfe. Das sei die notwendige Klarheit, die der Beschlussvorschlag der CDU, der nur All-

gemeinplätze enthalte, nicht wiedergebe. Seine Fraktion sehe die Aufgabe des Haushaltskontrollausschusses etwas anders. Das drücke sich auch in diesem Beschlussvorschlag aus. Er sei überrascht, dass die CDU da eine andere Position beziehe. Das sei aus seiner Sicht mit dem Selbstverständnis des Haushaltskontrollausschusses kaum zu vereinbaren. Es gehe um laufende Kosten im dreistelligen Millionenbetrag. Das müsse dazu führen, dass wirtschaftlicher gearbeitet werde, dass Geld eingespart werde, das, was die CDU im Plenum immer wieder einfordere. In der praktischen Politik, wenn es an die Umsetzung gehe, spiegle sich das leider nicht so wider, wie das Beispiel heute zeige.

Es gebe ein hohes Interesse, alle Kräfte bei dem Thema zu bündeln, unterstreicht **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**. Die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens sei kein einfaches Thema. Die Hochschulen seien seit 2006 auf dem Weg, hätten das Thema aber noch nicht abgeschlossen. Nicht alle Hochschulen seien so weit, dass sie das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt hätten. In dem neuen Gesetz sei vorgesehen, dass die Hochschulen bis 2017 sogar Zeit hätten.

Vor diesem Hintergrund sei es richtig – alle Beteiligten fänden das auch richtig, auch die Hochschulen selber, sie hätten sich auf den Weg gemacht –, so etwas wie ein standardisiertes Berichtswesen zu entwickeln, zusammen mit dem Ministerium. Es sei ein guter Weg, wenn hier Effizienzen gebündelt würden. Seit der rechtlichen Verselbstständigung habe sich jede einzelne Hochschule unterschiedlich auf den Weg gemacht. Da sei mit Sicherheit noch Effizienz herauszuholen.

In dem Beschlussvorschlag sei keine Schärfe. Es gehe um einen langen Prozess. Vor dem Hintergrund sei es richtig, dass es auch einen Bericht geben solle. Vielleicht müsse man noch einen zweiten Bericht machen, wenn 2017 tatsächlich alles abgeschlossen sei.

Petra Vogt (CDU) meint, da habe man eine unterschiedliche Wahrnehmung des Berichtes vom Landesrechnungshof. Sie bitte darum, unterschiedlich abzustimmen.

Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zu Ziffer 13 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Ziffer 13 des Jahresberichts 2013 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Abschnitt	Drucksache 16/3510	Seiten
14	Universitätsbibliotheken	106 – 111

Vorsitzender Achim Tüttenberg verweist auch hierzu auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des LRH – vgl. Vorlage 16/1957 – sowie auf die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (*siehe Anlage 3 zu TOP 1*) und der CDU-Fraktion (*siehe Anlage 4 zu TOP 1*).

Armin Jahl (SPD) führt aus, hier habe der Landesrechnungshof offenbar wieder Einsparpotenziale festgestellt. Da sei die Rede von sehr vielen Bibliotheken und Veränderungen in der Medienlandschaft. Dass das erst nachvollzogen werden müsse, sei einsichtig. Klar sei auch, dass Optimierungspotenziale so wie bei dem Punkt zuvor gehoben werden müssten, wenn man sich die Anzahl der Beschäftigten ansehe. Es gebe allein über 700 Universitätsbibliotheken.

Ihn interessiere, über welche Art von Beschäftigten man da rede, welche Verträge sie hätten, unter welchen Rahmenbedingungen sie in den Institutsbibliotheken arbeiteten. Er frage, ob es da große Sparpotenziale gebe oder ob das etwas anders aussehe. Das habe er im Bericht des Landesrechnungshofes nicht gefunden. Wenn es um Studenten ginge, wäre das eine andere Situation.

Rot und Grün wüssten gerne, wie sich das in der weiteren Entwicklung darstelle, welche Sparpotenziale tatsächlich gehoben werden könnten. Ein entsprechender Hinweis finde sich im letzten Absatz des Beschlussvorschlages der Koalitionsfraktionen.

LMR Dr. Stefan Lascho (Landesrechnungshof) legt dar, wie viele Beschäftigte es in den Institutsbibliotheken gebe, könne er nicht pauschal sagen. Die Institutsbibliotheken seien sehr unterschiedlich. Wenn er etwa an die Universität Bonn denke, so habe die Russische Bibliothek eine Vielzahl von Beschäftigten. Dann gebe es Institutsbibliotheken viel kleinerer Art, in denen vielleicht nur eine Hilfskraft mit einer halben Stelle beschäftigt sei. Auch die Ausbildung sei sehr unterschiedlich. In den größeren Institutsbibliotheken gebe es Beschäftigte mit einer bibliothekarischen Ausbildung, in den kleineren oft ohne. Es gebe keine Zahlen, die das insgesamt abbildeten. Entsprechend seien auch die Einsparpotenziale sehr unterschiedlich.

Petra Vogt (CDU) unterstreicht, sie könne zwischen den beiden Beschlussvorschlägen keine nennenswerten Unterschiede erkennen. Ihre Fraktion könne sich auch dem anschließen, dass noch einmal eine entsprechende Information stattfinde. Das sollte gemeinsam verabschiedet werden.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) geht auch davon aus, dass man die Beschlussvorschläge zusammenführen könne. Er würde allerdings gerne den mittleren Abschnitt aus dem CDU-Beschlussvorschlag mit in den Beschluss hineinnehmen. Darin werde detailliert aufgezeigt, was wichtig sei. Das sollte in den Beschlussvorschlag von SPD und Grünen eingefügt werden.

Armin Jahl (SPD) betont, man müsse nicht immer das wiederholen, was im Bericht des Landesrechnungshofs stehe, um einen detaillierten Antrag zu schreiben. Wichtig sei, dass man auf die Kernpunkte eingehe. Die Kernpunkte würden in den beiden letzten Absätzen des Beschlussvorschlages der Koalitionsfraktionen aufgeführt. Wenn die mit übernommen würden, habe man keine Probleme mit einem gemeinsamen Antrag. Darin werde noch einmal deutlich auf die Anzahl der Beschäftigten abgehoben. Im letzten Absatz gehe es darum, einen Bericht zu bekommen, wie sich das Ganze entwickle und welches Einsparpotenzial gehoben werden könne, vor allen Dingen dann, wenn es sich bei den Beschäftigten in den Institutionsbibliotheken nicht um studentische Hilfskräfte handle, sondern um tatsächlich Halbtags- bzw. Vollzeitarbeitsplätze.

Wenn er sich die Anzahl der Bibliotheken anschauere, könne er sich in etwa vorstellen, über wie viele Beschäftigte man rede. Das müsse Kernpunkt des Antrags sein. Er schlage vor, die beiden letzten Absätze des Beschlussvorschlages der Koalitionsfraktionen zu übernehmen. Dann habe er kein Problem damit, wenn das entsprechend ergänzt werde.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) schlägt vor, den SPD-Antrag so zu übernehmen, wie er da stehe, und den zweiten Abschnitt des CDU-Beschlussvorschlages als dritten Absatz in den gemeinsamen Beschlussvorschlag einzufügen.

Der Ausschuss erhebt den Beschlussvorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen, in den der 2. Absatz des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion als 3. Absatz eingefügt wird, zum **gemeinsamen Beschlussvorschlag** aller Fraktionen, der einstimmig **angenommen** wird.

(Die Sitzung wird nichtöffentlich fortgesetzt [siehe nöAPr 16/96].)

gez. Achim Tüttenberg
Vorsitzender

4 Anlagen

17.09.2014/23.09.2014